

Klimapolitik in Südostasien

Das wichtigste Ergebnis der diesjährigen Klimakonferenz in Bonn (COP23) war vermutlich die Teilnahme indonesischer und anderer internationaler TeilnehmerInnen an der Besetzung des Hambacher Tagebaus im rheinischen Kohlerevier. Sie schlossen sich über 4.000 AktivistInnen an, die mit zivilem Ungehorsam für den Ausstieg aus der Kohleindustrie protestierten. Die Aktion von Endegelände zeigt die Heuchelei, die die Klimaverhandlungen der COP kennzeichnen. Während sich die deutsche Regierung als führender Klimaretter darstellt, geht die Polizei mit Tränengas und Pferden gegen friedliche DemonstrantInnen vor. Tatsächlich sind die Emissionen in Deutschland in den letzten Jahren wieder gestiegen. Die bescheidenen Klimaziele werden voraussichtlich bis 2020 nicht erreicht. Dies wird unmittelbare Konsequenzen für Südostasien haben, das heute schon unter den Folgen der Klimaerwärmung zu leiden hat.

Ähnlich extrem klaffen Rhetorik und Wirklichkeit in Südostasien auseinander. Nachdem die Wälder Indonesiens in der bisher größten Klimakatastrophe des 21. Jahrhunderts 2015 brannten, ratifizierten die südostasiatischen Länder nacheinander die Vereinbarung von Paris. Sie versprechen in ihren *Intended Nationally Determined Contributions* (INDC) das Blaue vom Himmel. Indonesien bleibt bei seiner bisherigen Selbstverpflichtung, bis 2020 die Emissionen um 26 Prozent zu reduzieren. Vietnam verspricht bis 2030 acht Prozent weniger Emissionen; das Militärregime in Thailand will die Emissionen um 20 Prozent reduzieren, und so weiter.

Dass Indonesien also in 775 Tagen seine Emissionen um 26 Prozent zu reduzieren verspricht, zeigt, wie stark diese Ziele aus der Luft gegriffen sind. Sie sind Fake News. Sie widersprechen allen sonstigen Entwicklungs- und Expansionsplänen von Regierungen und Unternehmen in Südostasien. Diese setzen nach wie vor auf Wachstum und auf Business-as-

Usual in den Sektoren, die maßgeblich zur Klimaerwärmung beitragen. Mit anderen Worten: mehr Kohle, mehr Palmöl, mehr Autos.

Um eine wirksame Reduktion von Klimagasen zu erreichen, müssen in den Sektoren Energie, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Mobilität und industrielle Produktion radikale Veränderungen vorgenommen werden. Die Alternativen liegen auf der Hand und sind sowohl technisch als auch praktisch erprobt. Die meisten Länder Südostasiens haben sowohl die natürlichen als auch die technischen und finanziellen Voraussetzungen, um diese Veränderungen anzupacken. Energiepolitisch verfügen sie mit Sonnen-, Wellen- und Geoenergie über Potentiale, die den Bedarf bei weitem übersteigen. Die industrielle Basis ist vorhanden, um Bahnen zu bauen und die Staus und Verkehrsprobleme der urbanen Zentren zu lösen. Und Millionen von landlosen Bauern würden zu gerne selber Landwirtschaft betreiben und Ernährungssouveränität praktizieren. Mit öffentlichen Investitionen in diesen Bereichen und einer klaren Umkehr der politischen Vorgaben könnten Länder wie Indonesien, Singapur oder Thailand Entwicklungsprobleme des Nordens überspringen und zu Vorreitern einer sozial-ökologischen Transformation werden.

Dafür müssen sich aber die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ändern. Diese letzte Printausgabe der Zeitschrift **südostasien** soll dazu beitragen, dies zu erreichen. Neben Analysen zu den aktuellen klimapolitischen Entwicklungen, vor allem in Indonesien, werden auch Artikel der letzten Schwerpunktausgabe zu Open Data und Sozialen Medien hier abgedruckt. Ab 2018 gehen wir dann online und hoffen so, die Kämpfe für Klimagerechtigkeit und für eine gerechte Welt effektiver unterstützen zu können.

Oliver Pye für die Redaktion



Titelbild: Brennende Wälder in Sabangau, Indonesien.
© Bernat Ripoll, Borneo Nature Foundation